Herrn
Bundesminister des Innern
Alexander Dobrindt, MdB
Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

18. November 2026

Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Dresden: Rechtsstaat gewährleisten, Grenzkontrollen beenden!

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister,

das Verwaltungsgericht Dresden hat die Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien für rechtswidrig erklärt. Wir fordern Sie auf, die Konsequenzen aus diesem Urteil zu ziehen und die stationären Grenzkontrollen unverzüglich zu beenden. Die Bundesregierung muss rechtsstaatliche Grundsätze achten und ihr Handeln daran ausrichten.

In unseren Grenzregionen gehört das Zusammenleben über Staatsgrenzen hinweg zum Alltag. Viele Menschen überqueren die Grenze auf ihrem Arbeitsweg oder besuchen Angehörige auf der anderen Seite. Die anhaltenden Kontrollen erschweren diese selbstverständlichen Verbindungen. Unser Ziel ist, dass die Menschen ihre täglichen Wege wieder ungehindert zurücklegen können.

Seit über drei Jahren belasten die stationären Grenzkontrollen die Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn. Sie untergraben das Versprechen offener Grenzen und eines freiheitlichen Miteinanders in Europa. Gerade in den Grenzregionen erleben wir täglich, wie wertvoll die gewachsenen Verbindungen sind und wie schnell politische Entscheidungen sie beschädigen können.

Auch die wirtschaftlichen Folgen sind erheblich. Die Kontrollen verzögern den Warenverkehr und kosten Beschäftigte wie Unternehmen wertvolle Zeit. Ihre Beendigung wäre eine konkrete Entlastung für die regionale Wirtschaft. Die Bundesregierung hat es in der Hand, diese vermeidbaren Hindernisse abzubauen.

Bereits die Grenzschließungen während der Coronapandemie waren für viele Menschen in unseren Regionen ein Schock. Die andauernden Kontrollen vertiefen das Gefühl einer erneuten Trennung. In Grenzstädten wie Görlitz und Frankfurt (Oder) greifen sie unmittelbar in das Zusammenleben ein. Wir leben eng miteinander und sind auf den Austausch über die Grenze angewiesen.

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie das Urteil zum Anlass nehmen, die stationären Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien umgehend zu beenden. Bitte teilen Sie uns

mit, welche konkreten Schritte Sie dazu einleiten und bis wann die Kontrollen eingestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des offenen Briefes

Sachsen

Coretta Storz und Martin Helbig, Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen

Anna Cavazzini, MdEP, Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament

Franziska Schubert, MdL, Mitglied des Sächsischen Landtags

Katja Meier, MdL, Mitglied des Sächsischen Landtags

Christin Melcher, MdL, Mitglied des Sächsischen Landtags

Carolin Renner und Monique Hänel, Sprecherinnen des Kreisverbandes Görlitz

Matthias Gottschalk, Sprecher des Kreisverbandes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Brandenburg

Cindy Hahn und Clemens Rostock, Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg

Ola Schäfer und Oliver Kossack, Sprecher*innen des Kreisverbandes Frankfurt (Oder)

Uta Zahn und Patrick Telligmann, Vorsitzende des Kreisverbandes Uckermark

Erdmute Scheufele und Jerome Neumann, Sprecher*innen des Kreisverbandes Oder-Spree

Marian Sutholt, Sprecher des Kreisverbandes Märkisch-Oderland

Heide Schinowsky und Martin Schrode, Kreisverband Spree-Neiße

Dr. Andrea Lübcke, MdB, Mitglied des Deutschen Bundestages

Michael Kellner, MdB, Mitglied des Deutschen Bundestages

Sergey Lagodinsky, MdEP, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Grüne/EFA im Europäischen Parlament

Mecklenburg-Vorpommern

Ines Balke und Pascal Hilker, Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Felix Winter, MdB, Mitglied des Deutschen Bundestages

Erik Marquardt, MdEP (Berlin), Mitglied des Europäischen Parlaments

Kreisverband Vorpommern-Greifswald